

Es informiert Sie	Erika Wawersig
Telefon (0202)	563 2435
Fax (0202)	563 8111
E-Mail	Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
Datum	16.07.2010

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg (SI/0115/10) am 08.07.2010

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bezirksbürgermeister Hans-Joachim Lüpken:**

von der CDU-Fraktion

Herr Erhard Buntrock, Herr Burkhard Josef Buse, Herr Daniel Eichler, Herr Klaus Kriesche, Frau Eva Rösener, Herr Ralf Wagener,

von der SPD-Fraktion

Frau Gabriela Ebert, Herr Ulrich Ippendorf, Herr Winfried Schrahe,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Cornelia Krieger, Frau Sylvia Meyer, Herr Marcel Simon,

von der FDP

Frau Charlotte Weilbrenner,

von DIE LINKE

Frau Monika Altmann,

von der WfW

Frau Kirsten Kroll,

berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW

Herr Hans-Jörg Herhausen, Herr Dr. Reimar Kroll,

als Vertreterin des Oberbürgermeisters

Frau Klaudia Dmuß,

vom Bezirksjugendrat

Katharina Dresen, Phillip Follmann,

von der Polizei

Herr van Heynsbergen

von der Presse

Herr Bube – WR,

Gäste

Herr Kessler – Caritasverband, Herr Ritting – GWG

Nicht anwesend ist:

von der SPD-Fraktion

Herr Andreas Zenz.

Schriftführerin:

Erika Wawersig

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:40 Uhr

Öffentliche Sitzung

1

Berichte und Mitteilungen

1. Verkehrssituation Am Deckershäuschen
- Stellungnahme der Verwaltung

Frau Weilbrenner stellt fest, dass im Bereich des LKW-Parkverbots immer wieder Sattelschlepper abgestellt würden. Sie bittet, dies zu kontrollieren.

2. Antrag auf finanzielle Unterstützung
- Evang. Kirchengemeinde Dönberg

s. TOP 8

3. Teilnahme an den Sitzungen der Bezirksvertretungen
- Antrag des Beirates der Menschen mit Behinderung

Der **Bezirksbürgermeister** erklärt, dass Menschen mit Behinderung jederzeit an den Sitzungen der Bezirksvertretung teilnehmen und auch ihre Fragen und Anregungen einbringen dürften. Ob eine Teilnahme an den Sitzungen analog des Bezirksjugendrates möglich sei, müsse gesamtstädtisch geklärt werden.

4. Verkehrslärm auf der Nevigeser Straße
- Bürgerschreiben
5. Verkehrssituation Katernberger Schulweg
- Bürgerschreiben
6. Versorgungslage Bereich Nevigeser Str
- Schreiben einer Bürgerin
7. Verkehrsinformation WSW

Herr Schrahe weist darauf hin, dass es ähnliche Arbeiten an derselben Stelle bereits in jüngster Vergangenheit gegeben habe. Er möchte wissen, warum solche Arbeiten nicht gebündelt werden könnten.

2

Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Der **Bezirksbürgermeister**

1. bezieht sich auf die Geschwindigkeitsmessungen im Neuenbaumer Weg und bittet die Verwaltung aufgrund des Ergebnisses um eine Empfehlung, ob und wenn ja, welche Maßnahmen ergriffen werden sollten.
2. erinnert an seine Fragen zum Hunderauslauf im Mirker Hain.

Ein **Bürger** stellt fest, dass es das gleiche Problem auch im Kaiser-Wilhelm-Hain gebe.

3. bittet die Verwaltung, zu prüfen, ob auf dem Westfalenweg zwischen der Gaststätte Fuchspark und der Vogelsangstraße ein Überholverbot eingerichtet werden könne. Anwohner berichteten immer wieder über zu schnell fahrende und überholende Kraftfahrzeuge.

3 Bezirksjugendrat

Katharina Dresen und **Phillip Follmann** teilen mit, dass der BJR 1000 Flyer bestellen wolle.
Der genaue Preis werde der Geschäftsführung noch mitgeteilt.

**4 Soziales Dorf St. Michael
- mündl. Bericht**

Herr Kessler stellt die Planungen für das neue „Michaelsviertel“ vor (s. Anlage)

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** fragt nach der Zuwegung für das Projekt.

Herr Ritting erklärt, dass die Hauptzufahrt über die Straße Kempers Häuschen führen werde.

Auch die Zu- und Abfahrt für die Baufahrzeuge gehe über diese Straße. Hierzu müsse die Fahrbahn erweitert werden.

Die **SPD-Fraktion** möchte wissen, ob die Erreichbarkeit für behinderte Menschen sichergestellt sei und ob evtl. Denkmalfunde auf der Baustelle Berücksichtigung finden würden. Außerdem interessiert sie, ob die benachbarte Einrichtung für Kinder und Jugendliche in dieses Projekt einbezogen werde.

Herr Ritting berichtet, dass die Gebäude behindertengerecht gestaltet würden, allerdings sei der Zugang zu dem Gelände für Behinderte evtl. schwierig. Hinsichtlich evtl. Denkmalfunde sei bereits der Denkmalschutz eingeschaltet worden.

Herr Kessler teilt mit, dass es eine Zusammenarbeit mit der benachbarten Kinder- und Jugendeinrichtung durch den Caritas-Verband geben werde. Er bietet an, nach den Sommerferien eine Präsentation des Projektes vorzustellen.

Die **BV** würde dies sehr begrüßen.

**5 Bebauungsplan Nr. 1118 - Kohlstraße -
(mit Flächennutzungsplanberichtigung 43B)
- Offenlegungsbeschluss -
Vorlage: VO/0350/10**

Frau Weibrenner möchte wissen, welches finanzielle Plus die Stadt durch diese Maßnahme zu erwarten habe. Sie weist zum wiederholten Male darauf hin, dass sie sich hier die Unterbringung des Fuhlrott-Museums gewünscht hätte. Auch als Standort für die Junior-Uni hätte sie sich das Gebäude vorstellen können. Jetzt sei es durch den langen Leerstand allerdings so vergammelt, dass nur noch ein Abriss möglich sei.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** verweist auf die Ausführungen zu den Altlasten und befürchtet, dass sich die Situation bei aufwendigen Bodenarbeiten anders darstellen könne.

Sie möchte wissen, ob durch Bodenbewegungen eine Belastung des Grundwassers möglich sei und wohin die sich im Boden befindlichen Altlasten abtransportiert würden. Auch bei der Bepflanzung der Gärten müsse die Belastung des Bodens beachtet werden.

Außerdem fragt sie, wie viele der großen, alten Bäume erhalten blieben.

Die **SPD-Fraktion** interessiert hinsichtlich des benachbarten Sportplatzes, ob die potenziellen Bauherren auf eine evtl. Lärmbelastigung durch die Nutzer des Sportplatzes hingewiesen würden.

Der **Bezirksbürgermeister** weist darauf hin, dass es sich hier um den Beschluss zur Offenlegung handele. Während der Offenlegungszeit könnten alle Bedenken vorgebracht werden, die dann von der Verwaltung geprüft und ggf. in den Satzungsbeschluss einfließen würden.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 08.07.2010:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst eine Fläche, welche im Norden durch den Kreuzungsbereich der Straßen Kohlstraße und Hermann-Ehlers-Straße, im Osten durch den Fußweg, welcher das Schulgrundstück abgrenzt, im Süden durch das Sportplatzgelände und im Westen durch die östliche Grundstücksgrenze des Hauses Kohlstraße 110 sowie die süd-östlichen Grundstücksgrenzen der Häuser Kohlstraße 117 bis 135 begrenzt ist (siehe Anlage 01).

2. Der Offenlegungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 1118 – Kohlstraße – wird gem. § 3 Abs. 2 BauGB für den unter Punkt 1 genannten Geltungsbereich beschlossen. Das Bebauungsplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; das Monitoring gem. § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

3. Der Offenlegungsbeschluss zur Aufhebung von Teilbereichen der Bebauungspläne Nr. 133 – Leipziger Straße – und Nr. 834 – Hans-Böckler-Straße – wird gem. § 3 Abs. 2 i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1118 – Kohlstraße – beschlossen (siehe Anlage 07).

4. Die Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss zur Aufhebung von Teilbereichen des Durchführungsplanes Nr. 136 wird gem. § 2 Abs. 1 sowie § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 1118 – Kohlstraße – beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**6 Bebauungsplan Nr. 1068 - Bayreuther Straße / Briller Straße -
- 1. Verlängerung einer Veränderungssperre -
Vorlage: VO/0490/10**

Die Vorlage wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**7 Einschränkung der Angebote in der städt. Kinder- und Jugendarbeit als
Folge der Nicht-Wiederbesetzung von Stellen
Vorlage: VO/0537/10**

Alle Fraktionen sowie **Frau Weilbrenner** erklären übereinstimmend, dass sie durch die Stellenkürzung den Bestand der Einrichtung am Röttgen gefährdet sehen und sprechen sich für den Erhalt sowie die bisherigen Öffnungs- und Angebotszeiten aus.

Hier werde viel präventive Kinder- und Jugendarbeit geleistet und gerade in die-

sem Bereich solle nicht gespart werden. Das Zentrum brauche Planungssicherheit.

Frau Weber – Pfarrerin – stellt fest, dass die Kirchengemeinde hier seit 12 Jahren sehr gut mit der Stadt zusammenarbeite. Von der Stellenreduzierung habe sie aber erst durch die Vorlage erfahren. Sie seien davon völlig überrascht worden. Es sei tatsächlich so, dass durch diese Kürzung das gesamte Zentrum auf der Kippe stehe.

Die **SPD-Fraktion** möchte wissen, wieso die Stadt eine Stelle kürze, ohne den Partner – hier die Evangelische Kirchengemeinde – vorab darüber zu informieren. Zudem verweist sie darauf, dass die beiden großen Fraktionen im Stadtrat eigentlich beschlossen hätten, keine Einsparungen im Kinder- und Jugendbereich vorzunehmen.

Nun solle dies aber doch sozusagen durch die Hintertür – wegen Stelleneinsparungen – geschehen.

Auf Nachfrage von **Frau Weilbrenner** erklärt **Frau Dmuß**, dass die Stadt verpflichtet sei, 48 Stellen pro Jahr einzusparen und dass es eine Wiederbesetzungssperre gebe. Jede einzelne Wiederbesetzung für eine Stelle müsse der Bezirksregierung zur Genehmigung vorgelegt werden.

Herr Wilhelm – Bürgerverein Uellendahl – betont, dass sich auch der Bürgerverein für den Erhalt des Kinder- und Jugendzentrums einsetzen werde.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 08.07.2010:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung eindringlich, die durch die Stellenreduzierung bedingte Einschränkung der Öffnungs- und Angebotszeiten im Zentrum für Kinder und Jugendliche Röttgen zurückzunehmen und sich bei der Bezirksregierung für eine Wiederbesetzung der Stelle einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

7.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes in der städt. Kinder- und Jugendarbeit

Vorlage: VO/0609/10

siehe TOP 7

8 Freie Mittel **- Antrag Evang. Kirchengemeinde Dönberg** **- Antrag Stadtteilbibliothek**

Der **Bezirksbürgermeister** schlägt vor, den TOP auf die nächste Sitzung zu vertragen und die Antragsteller um die Vorlage von Kostenvoranschlägen zu bitten.

Die **BV** ist einverstanden.